

## An den Landesvorstand Bayern

Ergänzung der vorläufigen Tagesordnung für den Landesparteitag am 27. Feb. 2016 in Ingolstadt

Gemäß § 5(7) der Satzung des Landesverbandes Bayern wird **beantragt**,  
in die vorläufige Tagesordnung folgenden weiteren TOP einzufügen:

### „TOP (7) c) Organisation und Durchführung eines Volksbegehrens zur Abschaffung der Rundfunkgebühren 2016.“

#### Begründung:

#### **Was ?**

Organisation und Durchführung eines **Volksbegehrens** mit dem Ziel, durch eine Ergänzung der Verfassung des Freistaats Bayern (BV) die Erhebung von Rundfunkgebühren ein für allemal abzuschaffen.

#### **Wie ?**

- Beispielsweise durch den Antrag, in **Art. 111a (2) der BV** nach dem Satz 1 („*Rundfunk wird in öffentlicher Verantwortung und in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft betrieben.*“) einen **Satz 2** einzufügen, der da lautet:  
**„Sein Empfang ist unentgeltlich“.**
- Sammlung von mindestens 25.000 Unterstützer-Unterschriften von bayerischen Wahlberechtigten, Bestätigung der Stimmberechtigung der Unterzeichner durch die Gemeindebehörden, Einreichung beim Bayer. Innenministerium.
- Es folgt dann die von Art. 71ff BV und Art. 62ff BayLWG vorgesehene Prozedur der Zulässigkeitsprüfung, der Bekanntmachungen, der Auslegung der Eintragungslisten (dies ist das eigentliche Volksbegehren), der Befassung des Landtags und am Ende der Volksentscheid.
- Sowohl das Volksbegehren als auch der Volksentscheid werden wie eine Wahl von Amts wegen bekanntgemacht und durchgeführt. Wir können nach eigener Einschätzung selbst entscheiden, wie und in welchem Umfang wir zusätzlich Werbung betreiben.
- Beim **Volksbegehren** müssen sich mindestens 10 % der Wahlberechtigten eintragen, das sind derzeit **970.000**.
- Beim **Volksentscheid** genügt die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, allerdings muß diese Mehrheit mindesten 25 % der Wahlberechtigten erreichen (Zustimmungsquorum). Das sind derzeit knapp **2,4 Mio Stimmen**.

#### **Wann ?**

Der Start sollte unmittelbar nach dem Wahlsonntag 13. März beginnen. Wenn es glatt läuft und im Juni die 25.000 Unterschriften vorlägen, käme es im Frühjahr 2017 zum Volksentscheid. Gibt es Komplikationen, z.B. durch eine lange Prüfungsdauer beim Innenministerium oder durch Einschaltung des BayVerfGH, nähert sich der Termin immer mehr der Bundestagswahl 2017 an. Weitere Verzögerungen würden sogar eine Annäherung an die Bayer. Landtagswahl im Herbst 2018 mit sich bringen. Das wäre weder für das Vorhaben noch für die AfD von Nachteil.

#### **Warum ?**

Es gibt zahlreiche dringende Gründe für eine Abschaffung der Rundfunkgebühren. Hier stichwort-

artig einige davon:

- Die Erhebung von Rundfunkgebühren als Zwangsabgabe ist ein Ärgernis für den weit überwiegenden Teil der Bevölkerung.
- Sie sind zu einem Anachronismus geworden. Es gibt ein Übermaß an Sendern und Programmen, die mit dem ursprünglichen Auftrag des ö.r. RF nichts mehr zu tun haben. Sie dienen nur dazu, die exorbitanten Einnahmen zu rechtfertigen.
- Die ö.r. Rundfunkanstalten kommen schon seit längerem ihrem Verfassungsauftrag zur „wahrheitsgemäßen ...und unparteiischen Berichterstattung“ (Art. 111a (1) BayVerf) und zur „Bildung und Unterhaltung“ in keinsten Weise mehr nach.
- Statt korrekter Berichterstattung betreiben sie manipulative Desinformation und politische Indoktrinierung, neuerdings bereits für Kinder (<https://www.youtube.com/watch?v=fmYCM6PRbPc>).
- Der maßlose Finanzbedarf (in den kommenden vier Jahren 38,51 Mrd. Euro ) dient in erster Linie der üppigen Selbstversorgung überbezahlter Intendanten, Moderatoren und eines überbesetzten Mitarbeiterstabes (allein Tom Burow 2,9 Mio € pro Jahr - <http://www.rp-online.de/panorama/fernsehen/tom-buhrow-gehalt-wie-viel-verdient-der-intendant-aid-1.4413127>)
- Für die Besetzung hoher Posten zählt nicht Qualifikation, sondern das Parteibuch.
- Aus dem Gebot der Unparteilichkeit ist Unsachlichkeit und Hetze gegenüber den Bürgern und Gruppen geworden, die sich der von Regierung und Medien vorgegebenen Einheitsmeinung offen widersetzen. Perfiderweise müssen die so Beschimpften und Diffamierten dafür auch noch bezahlen. Dies trifft derzeit vor allem die AfD-Mitglieder.

## Wer ?

- Der Landesverband Bayern der AfD.
- Für die ca. 3.000 Mitglieder sollte es ein Leichtes sein, in wenigen Wochen die erforderlichen 25.000 Unterschriften einzusammeln.
- Der Landesvorstand sollte eine ihm unterstellte federführende Stelle einrichten, die das gesamte Vorgehen nach innen und außen organisiert und steuert. Ein Konzept liegt bereits vor.

## Wirkung ?

- Es ist ein massiver Zuspruch bei der Bevölkerung zu erwarten, auch bei denen, die der AfD bislang ablehnend oder reserviert gegenüberstehen.
- Positiver Werbe- und Bekanntheitseffekt für die AfD in Bayern und im Bund, ohne die üblichen Begleiterscheinungen. Keine Antifa und keine Hotelabsagen.
- Im Erfolgsfalle ein nicht zu unterschätzender Prestigegewinn nach innen und nach außen. Motivation und Erfolgserlebnis für die Mitglieder.
- Selbst im Falle eines Scheiterns des Projekts – es käme dafür eigentlich nur eine ablehnende Entscheidung des BayVerfGH aus Rechtsgründen in Frage – blieben die Positiveffekte für die AfD erhalten.
- Wir bringen die Altparteien – auch die sogenannte Opposition - mit einem Schlag in die Zwickmühle, und zwar bundesweit. Denn wenn Bayern aus dem RF-Gebührensysteem ausscheidet, bricht das ganze Konstrukt zusammen, und es sind Dominoeffekte in Richtung der anderen Bundesländer zu erwarten.
- Es ist trotz der politischen Situation nicht zu erwarten, dass sich Parteien, Presse, Rundfunk(!) und Verwaltung auf einen wirksamen Informationsboykott verständigen und diesen auch durchhalten können. Dazu ist das Thema zu nahe am Bürger.
- Eine Verzögerungstaktik der Staatsregierung und/oder der Parteien wäre nur zum Vorteil der AfD, denn das Thema bliebe „am Kochen“ und würde in den Bundestagswahlkampf 2017 oder dann sogar in den Bayer. Landtagswahlkampf 2018 einfließen.